

<p style="text-align: center;"><b>Zweckverbandssatzung für den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr</b></p> <p style="text-align: center;"><b>in der Fassung des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 21. Juni 2006</b></p>	<p style="text-align: center;"><b>Zweckverbandssatzung für den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr</b></p> <p style="text-align: center;"><b>in der Fassung des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 21. Juni 2006</b></p>
<p><i>geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 24. Oktober 2007</i></p> <p><i>geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 10. Dezember 2008</i></p> <p><i>geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 17.12.2009</i></p> <p><i>geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 17.03.2011</i></p> <p><i>geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 12.12.2012</i></p> <p><i>geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 12.07.2013</i></p> <p><i>geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 27.09.2013</i></p>	<p><i>geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 24. Oktober 2007</i></p> <p><i>geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 10. Dezember 2008</i></p> <p><i>geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 17.12.2009</i></p> <p><i>geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 17.03.2011</i></p> <p><i>geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 12.12.2012</i></p> <p><i>geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 12.07.2013</i></p> <p><i>geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 27.09.2013</i></p> <p><i>geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 12.12.2014</i></p>

	<b>geändert durch Beschluss der <i>Verbandsversammlung</i> vom 30.03.2017</b>
<b>§ 9 Zusammensetzung der <i>Verbandsversammlung</i></b>	<b>§ 9 Zusammensetzung der <i>Verbandsversammlung</i></b>
	<b><i>(1) Die <i>Verbandsversammlung</i> ist die <i>Vertretungskörperschaft</i> des <i>Zweckverbandes</i> und besteht aus den <i>Vertretern/Vertreterinnen</i> der <i>Verbandsmitglieder</i>. Jedes <i>Verbandsmitglied</i> entsendet für die <i>Dauer einer Wahlperiode</i> wenigstens eine <i>Vertreterin/einen Vertreter</i> in die <i>Verbandsversammlung</i>.</i></b>
(1) Die <i>Verbandsversammlung</i> besteht aus den <i>Vertretern/Vertreterinnen</i> der <i>Verbandsmitglieder</i> . Die <i>Vertreter/innen</i> werden durch die <i>Vertretungskörperschaft</i> für deren <i>Wahlzeit</i> aus ihrer <i>Mitte</i> oder aus den <i>Dienstkräften</i> des <i>Verbandsmitgliedes</i> bestellt; sofern mindestens zwei <i>Vertreter/innen</i> zu benennen sind, müssen der/die <i>Bürgermeister/in</i> oder <i>Landrat/Landrätin</i> oder ein/e von ihm/ihr vorgeschlagene/r <i>Bedienstete/r</i> der <i>Gemeinde</i> dazu zählen. Für jede/n	<b>(2)</b> Die <i>Vertreter / Vertreterinnen</i> der <i>Verbandsmitglieder</i> werden durch die <i>Vertretungskörperschaft</i> für deren <i>Wahlzeit</i> aus ihrer <i>Mitte</i> oder aus den <i>Dienstkräften</i> des <i>Verbandsmitgliedes</i> bestellt; sofern mindestens zwei <i>Vertreter/innen</i> zu benennen sind, müssen der/die <i>Bürgermeister/in</i> oder <i>Landrat/Landrätin</i> oder ein/e von ihm/ihr vorgeschlagene/r <i>Bedienstete/r</i> der <i>Gemeinde</i> dazu zählen. Für jede/n <i>Vertreter/in</i> ist ein/e <i>Stellvertreter/in</i> für den Fall der <i>Verhinderung</i> zu

<p>Vertreter/in ist ein/e Stellvertreter/in für den Fall der Verhinderung zu wählen.</p>	<p>wählen.</p> <p><b><i>Der Amtsantritt nach einer allgemeinen Kommunalwahl erfolgt vier Monate nach dem Wahltag, im Übrigen mit der ersten Teilnahme an einer Sitzung der Verbandsversammlung. Die Vertreter/Vertreterinnen üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie bestellt sind, bis zum Amtsantritt der Neubestellten Vertreter/Vertreterinnen weiter aus.</i></b></p>
<p>(2) Auf jedes Verbandsmitglied entfällt bis zu einer Einwohnerzahl von 100.000 ein/e Vertreter/in. Für jede weiteren 100.000 Einwohner sowie für eine Resteinwohnerzahl von mehr als 50.000 ist je ein/e weitere/r Vertreter/in zu wählen. Maßgebend ist der letzte vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik auf ein Jahresende vor der Kommunalwahl fortgeschriebene Stand der Wohnbevölkerung. Ist ein Kreis Verbandsmitglied, werden die Einwohner kreisangehöriger Städte, die ebenfalls Verbandsmitglied sind, bei der Ermittlung der Anzahl der Vertreter/innen des Kreises nicht mitgezählt. In diesem Fall muss die Gesamtvertreterzahl des Kreises und der kreisangehörigen Verbandsmitglieder gleich der Vertreterzahl sein, die der Gesamteinwohnerzahl des Kreises einschließlich kreisangehöriger Verbandsmitglieder entspricht; sind aufgrund dieses Satzes zur</p>	<p><b>(3)</b> Auf jedes Verbandsmitglied entfällt bis zu einer Einwohnerzahl von 100.000 ein/e Vertreter/in. Für jede weiteren 100.000 Einwohner sowie für eine Resteinwohnerzahl von mehr als 50.000 ist je ein/e weitere/r Vertreter/in zu wählen. Maßgebend ist der letzte vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik auf ein Jahresende vor der Kommunalwahl fortgeschriebene Stand der Wohnbevölkerung. Ist ein Kreis Verbandsmitglied, werden die Einwohner kreisangehöriger Städte, die ebenfalls Verbandsmitglied sind, bei der Ermittlung der Anzahl der Vertreter/innen des Kreises nicht mitgezählt. In diesem Fall muss die Gesamtvertreterzahl des Kreises und der kreisangehörigen Verbandsmitglieder gleich der Vertreterzahl sein, die der Gesamteinwohnerzahl des Kreises einschließlich kreisangehöriger Verbandsmitglieder entspricht; sind aufgrund dieses Satzes zur</p>

<p>Auffüllung der dem Kreis rechnerisch zustehenden Vertreterzahl nach Abzug der von den kreisangehörigen Verbandsmitgliedern zu wählenden Vertreter/innen noch weitere Vertreter/innen zu wählen, so obliegt diese Wahl dem Kreis.</p>	<p>Auffüllung der dem Kreis rechnerisch zustehenden Vertreterzahl nach Abzug der von den kreisangehörigen Verbandsmitgliedern zu wählenden Vertreter/innen noch weitere Vertreter/innen zu wählen, so obliegt diese Wahl dem Kreis.</p>
<p>(3) Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte eine/n Vorsitzende/n und mehrere Stellvertreter/innen. Scheidet der/die Vorsitzende oder eine/r seiner/ihrer Stellvertreter/innen während einer Wahlperiode aus der Verbandsversammlung aus, erfolgt die Nachwahl nur dann in geheimer Abstimmung, wenn die Verbandsversammlung mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder eine geheime Abstimmung beschließt.</p>	<p><b>(4) Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte <i>ohne Aussprache</i> eine/n Vorsitzende/n und mehrere Stellvertreter/innen. <i>Bei der Wahl wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem Wahlgang abgestimmt. § 67 Absatz 2 Sätze 2 bis 6 GO NRW gelten entsprechend.</i></b></p> <p>Scheidet der/die Vorsitzende oder eine/r seiner/ihrer Stellvertreter/innen während einer Wahlperiode aus der Verbandsversammlung aus, <b><i>ist der Nachfolger/die Nachfolgerin für den Rest der Wahlperiode ohne Aussprache zu wählen. § 50 Absatz 3 Satz 7 GO NRW gilt entsprechend.</i></b></p> <p><b><i>Die Wahlen gemäß Satz 1 und Satz 4 erfolgen nur dann in geheimer Abstimmung, wenn die Verbandsversammlung mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder eine geheime Abstimmung beschließt.</i></b></p>

<p>(4) Der/Die Vorsitzende der Verbandsversammlung, der/die Verbandsvorsteher/in sowie deren Stellvertreter/innen sollen verschiedenen Verbandsmitgliedern angehören.</p>	<p><b>(5)</b> Der/Die Vorsitzende der Verbandsversammlung, der/die Verbandsvorsteher/in sowie deren Stellvertreter/innen sollen verschiedenen Verbandsmitgliedern angehören.</p>
<p>(5) Die Mitglieder der Verbandsversammlung können eine Fraktion bilden. Eine Fraktion setzt sich aus mindestens drei ordentlichen Mitgliedern der Verbandsversammlung zusammen. Die Fraktionen wirken bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Verbandsversammlung mit. Sie können insoweit ihre Auffassung öffentlich darstellen. Ihre innere Ordnung muss demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen.</p>	<p><b>(6)</b> Die Mitglieder der Verbandsversammlung können eine Fraktion bilden. Eine Fraktion setzt sich aus mindestens drei ordentlichen Mitgliedern der Verbandsversammlung zusammen. Die Fraktionen wirken bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Verbandsversammlung mit. Sie können insoweit ihre Auffassung öffentlich darstellen. Ihre innere Ordnung muss demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen.</p>
<p><b>§ 11 Einberufung der Verbandsversammlung</b></p>	<p><b>§ 11 Einberufung der Verbandsversammlung</b></p>
<p>Die Verbandsversammlung wird von ihrem/ihrer Vorsitzenden einberufen und geleitet. Die Verbandsversammlung ist mindestens zweimal im Jahr einzuberufen. Sie ist unverzüglich einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert oder wenn ein Fünftel der Mitglieder der</p>	<p><b>(1)</b> Die Verbandsversammlung wird von ihrem/ihrer Vorsitzenden einberufen und geleitet. Die Verbandsversammlung ist mindestens zweimal im Jahr einzuberufen. Sie ist unverzüglich einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert oder wenn ein Fünftel der Mitglieder der</p>

<p>Verbandsversammlung schriftlich die Einberufung unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangt.</p>	<p>Verbandsversammlung schriftlich die Einberufung unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangt.</p>
	<p><b>(2) Zur ersten Sitzung der neu zu bildenden Verbandsversammlung nach Beginn der Wahlzeit der Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder (konstituierende Sitzung) wird die Verbandsversammlung vom/von der noch amtierenden Vorsitzenden eingeladen. Die konstituierende Sitzung findet spätestens 7 Monate nach dem Tag der allgemeinen Kommunalwahl statt.</b></p>
	<p><b>(3) Zu den jeweils ersten Sitzungen von Gremien des Zweckverbandes wird vom jeweils noch amtierenden Vorsitzenden eingeladen.</b></p>
<p><b>§ 14 Verbandsvorsteher</b></p>	

<p>(1) Die Verbandsversammlung wählt den/die Verbandsvorsteher/in und seine/ihre Stellvertreter/innen aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder auf fünf Jahre, jedoch höchstens für die Dauer ihres Hauptamtes. Im Falle des Verlustes ihres Hauptamtes infolge einer Wahl gemäß § 65 Abs. 1 der Gemeindeordnung NW bzw. § 44 Abs. 1 der Kreisordnung NW üben sie ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie bestellt sind, bis zum Amtsantritt des/der neubestellten Verbandsvorstehers/Verbandsvorsteherin bzw. der neubestellten Stellvertreter/innen weiter aus. Der/Die Verbandsvorsteher/in und seine/ihre Stellvertreter/innen sind berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen teilzunehmen.</p>	
<p>(2) Der/Die Verbandsvorsteherin führt die Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er/Sie vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.</p>	<p><b>(2) Der/die Verbandsvorsteher/in führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes, unterzeichnet die Bekanntmachungsanordnungen der von der Verbandsversammlung beschlossenen Satzungen und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.</b></p> <p><b>a) Verpflichtungserklärungen des Zweckverbandes sowie die</b></p>

	<p><b>Bevollmächtigung zu Verpflichtungserklärungen des Zweckverbandes sind vom Verbandsvorsteher / von der Verbandsvorsteherin und von einem/einer stellvertretenden Verbandsvorsteher/in zu unterzeichnen.</b></p> <p><b>b) Im Verhinderungsfall können diese auch von dem/der ersten stellvertretenden Verbandsvorsteher/in gemeinsam mit dem/der zweiten stellvertretenden Verbandsvorsteher/in unterzeichnet werden.</b></p> <p><b>c) In Fällen äußerster Dringlichkeit genügt gemäß § 16 Absatz 4 Satz 2 GkG die Unterschrift des/der Verbandsvorstehers / Verbandsvorsteherin oder die eines/einer stellvertretenden Verbandsvorstehers/Verbandsvorsteherin. In diesem Fall ist unverzüglich die Genehmigung der Verbandsversammlung zu dieser Erklärung verbunden mit der Zustimmung zu der Feststellung, dass ein Fall äußerster Dringlichkeit vorlag, einzuholen.</b></p> <p><b>Die Zuständigkeit und Vertretungsbefugnis der Betriebsleitung des Eigenbetriebs ZV VRR FaIN-EB für die Geschäfte der laufenden Betriebsführung des Eigenbetriebs bleiben unberührt.</b></p>

<p>(3) Der/Die Verbandsvorsteher/in hat jährlich vor Beginn des Wirtschaftsjahres den Entwurf des Wirtschaftsplans festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.</p>	
	<p><i>(4) Der/die Verbandsvorsteher/in ist Dienstvorgesetzte/r der Dienstkräfte des Zweckverbandes. Die Verbandsversammlung ist Dienstvorgesetzter des Verbandsvorstehers / der Verbandsvorsteherin.</i></p>
<p><b>§ 27 Inkrafttreten</b></p>	
<p>(1) Diese Satzung trat mit Wirkung vom 01.08.2006 in Kraft.</p>	
<p>(2) Die Änderungen gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 24.10.2007 zur Anpassung der Zweckverbandssatzung an das novellierte ÖPNVG traten zum 01.01.2008 in Kraft.</p>	
<p>(3) Die Änderungen gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom</p>	

Anlage 1

10.12.2008 traten zum 01.01.2009 in Kraft.	
(4) Die Änderungen gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 17.12.2009 traten zum 01.01.2010 in Kraft.	
(5) Die Änderungen gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 17.03.2011 treten zum 18.03.2011 in Kraft.	
(6) Die Änderungen gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 12.12.2012 treten zum 01.01.2013 in Kraft.	
(7) Die Änderungen gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 12.07.2013 treten zum 13.07.2013 in Kraft.	
(8) Die Änderungen gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 27.09.2013 treten zum 28.09.2013 in Kraft.	

<p>(9) Die Änderungen gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 12.12.2014 treten zum 13.12.2014 in Kraft.</p>	
	<p><b><i>(10) Die Änderungen gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 30.03.2017 treten zum 01.05.2017 in Kraft.</i></b></p>
	<p><b><u>Protokollnotiz zu § 5a und § 7 Absatz 1</u></b></p>
	<p>Der Zweckverband VRR kann seine Zuständigkeit gemäß § 5a nur für die Verbandsmitglieder wahrnehmen, die diese Aufgaben wirksam übertragen haben. Die Verbandsmitglieder übermitteln dazu dem Zweckverband VRR, vertreten durch die VRR AöR, unverzüglich die entsprechenden Übertragungsbeschlüsse der jeweiligen Vertretungskörperschaften.</p>
	<p><b><i>Weitere Voraussetzung dafür ist eine delegierende Aufgabenübertragung der Aufgaben gemäß § 5 Absatz Ziffern 1 und 2.</i></b></p>
	<p>Das Vertretungsverhältnis zwischen Zweckverband VRR, Aufgabenträger und VRR AöR wird (für diese Verbandsmitglieder) im Außenverhältnis wie folgt dargestellt:</p>

	<p><i>Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, vertreten durch die Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR, handelnd als Gruppe von Behörden nach Art. 2 lit. c) Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, zugleich handelnd für (Aufgabenträger).</i></p>
	<p><b><u>Protokollnotiz zu § 5a</u></b></p>
	<p><b><i>Alle Verbandsmitglieder gemäß § 1 Absatz 1 haben entsprechende Übertragungsbeschlüsse gefasst und damit die Aufgaben übertragen.</i></b></p>